



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/73 - 28. März 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 22331-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Louise Schroeder - 70 Jahre	S. 1
Der Preis für Bermuda	S. 3
Ulbrichts Kadetten	S. 5
Zu den Betriebsratswahlen im Bergbau und auf der Deutschen Werft	S. 6
Der "Tagesspiegel" und der Fall Harich	S. 7

Die Mutter Berlins

W.W. Noch immer glauben viele, eine Frau besonders zu rühmen, wenn sie von ihr sagen, dass sie "ihren Mann" gestanden oder: sich "wie ein Mann" verhalten habe. Gut gemeinte, doch gedankenlose Redensarten; Rudimente einer Zeit, in der Standhaftigkeit, Mut, Konsequenz und Treue zur Sache zu typischen, wenn nicht gar ausschliesslich männlichen Attributen gestempelt wurden.

Längst ist erwiesen, dass "die Frau" es in all diesen Eigenschaften durchaus mit "dem Manne" aufnehmen kann. Ein besonders markantes Beispiel dafür ist Louise Schroeder, die am 2. April ihr 70. Lebensjahr vollendet. Um nicht ihren Unwillen auf uns zu ziehen oder uns gar einen Tadel einzuhandeln, wollen wir gerne, wenn man so will einschränkend, hinzufügen: ein leuchtendes Beispiel für ein Frauenleben unserer Zeit. "Frauenleben", nicht "Frauensicksal"; denn Louise Schroeder liess sich in wohl keiner Phase ihres Daseins vom Schicksal treiben, sondern erlebte und lebte es bewusst. In ihrem Leben ging es auf und ab, es gab sonnige und dunkle Zeiten, aber es gibt keine dunklen Flecken auf ihrem Lebensweg. Wie ein aufgeschlagenes gutes Buch liegt ihr Leben vor uns, in dem sich Kapitel an Kapitel reiht und bei dessen Lektüre wir nirgendwo eine "Lücke" empfinden.

Als viertes Kind in einer Arbeiterfamilie der damals selbständigen Stadt Altona geboren, war Louise Schroeder schon in jungen Jahren nach dem Besuch der Mittelschule und der Gewerbeschule Privatsekretärin in einem Hamburger Versicherungsunternehmen. Sechzehn Jahre lang hatte

sie diese Stellung inne, bis sie diese für unvereinbar hielt mit ihrer inzwischen aufgenommenen Tätigkeit als SPD-Abgeordnete der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar und statt dessen die Leitung des Altonaer Pflegeamtes übernahm. Fragen des Jugend- und Mutterschutzes, der Sozialfürsorge und -versicherung waren fortan sowohl in der Nationalversammlung wie später im Reichstag ihre Spezialgebiete, deren sie sich - wie all ihren Aufgaben - mit grosser Sachkenntnis, scharfem Verstand und empfindendem Herzen widmete. In dieser ihrer parlamentarischen Arbeit wusste sie Verbündete für ihre Anliegen in allen Parteien zu finden. Und wenn sie im Plenum sprach, hatte sie "das Ohr des Hauses".

Als Dozentin im Spezialpädagogischen Seminar der deutschen Hochschule für Politik in Berlin hatte sie grossen Anteil an der Heranbildung einer ganzen Generation von Sozialarbeitern; als führend tätiges Mitglied der Arbeiterwohlfahrt trug sie wesentlich zur Festigung und Fundierung dieser grossen Sozialorganisation bei. Gleichzeitig erweiterte sie als Mitglied der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union ihre Kenntnisse über fremde Länder und trug durch ihre Teilnahme an den Konferenzen dieser Institution in London, Paris, Wien, Bukarest, Prag, Kopenhagen, Bern, Genf, Washington und Ottawa zu einem guten Teil für das internationale Ansehen des deutschen Parlamentarismus bei.

Während der Nazizeit schlug sich Louise Schroeder - zunächst zu vollkommener Untätigkeit verurteilt und unter Polizeiaufsicht gestellt - erst als Inhaberin eines kleinen Brotladens am Luisenweg in Hamburg und später als Bürokräftin in Berlin durch. Hier erlebte sie das Kriegsschicksal unzähliger Berliner: sie wurde ausgebombt, nicht nur einmal, sondern mehrere Male.

Körperlich aufs äusserste geschwächt und mit arg angeschlagener Gesundheit, zählte Louise Schroeder nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reiches zu den ersten, die in Berlin an den Wiederaufbau der Sozialdemokratie gingen. Die Zeit ihrer grössten Bewährung waren die Jahre 1947 und 1948. Als Amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin - Ernst Reuter war von den Sowjets nicht bestätigt worden und konnte deshalb sein Amt als gewählter Oberbürgermeister nicht ausüben - wurde sie zum Symbol der um ihre Freiheit hart ringenden Stadt. Als "Mutter Berlins" von der unter der sowjetischen Blockade leidenden Bevölkerung geliebt, geehrt

und bewundert, wurde ihr Name in der ganzen Welt mit Hochachtung genannt.

Wie selbstverständlich trat sie in das zweite Glied, als Ernst Reuter nach der Spaltung der Stadt, die trotz allem nicht aufgehoben werden konnte, sein Amt als Oberbürgermeister übernahm. Noch einige Zeit fungierte sie als Bürgermeisterin und stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner SPD, bis sie sich ganz der parlamentarischen Arbeit als Berliner Bundestagsabgeordnete in Bonn und als Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates in Strassburg widmete. Ihren Platz im Parteivorstand der SPD machte sie frei für eine jüngere Politikerin. Wie einst in jungen Jahren in der Nationalversammlung und im Reichstag ist auch jetzt im Bundestag ihr Hauptanliegen die Sozialgesetzgebung. Gleichzeitig ist sie hier eine der beredtesten und angesehensten Fürsprecher für Berlin als eine gesamtdeutsche Aufgabe.

Die Herzen aller freiheitsliebenden Männer und Frauen öffnen sich an diesem Tage in dem Wunsch, Louise Schroeder noch lange in voller Wirksamkeit zu sehen.

* * *

MacMillan zahlt Sühnegeld für die Suez-Intervention

E.A. London

Die Torypresse feiert MacMillan's Erfolg in Bermuda. Gewiss, die amerikanisch-britische Allianz, die vor fünf Monaten durch Eden's Aggression in Ägypten auseinanderzubrechen drohte, ist neu geschmiedet worden. Präsident Eisenhower wurde in dreitägigen Besprechungen sogar zu einer Stärkung der Allianz überredet. Aber er legte seine Bedingungen auf, die von Premierminister MacMillan widerspruchslos akzeptiert wurden. Grossbritannien übernimmt die Rolle des Junior-Partners, während die Vereinigten Staaten als der Senior in allen entscheidenden Fragen den Ton angeben werden. Allerdings hat Präsident Eisenhower eingewilligt, dass überall dort, wo britische Interessen auf dem Spiele stehen, keine Massnahmen ohne vorherige Konsultation mit London ergriffen werden. Grossbritannien aber in der bescheidenen Rolle eines Junior-Partners muss weitgehend auf die Unabhängigkeit seiner eigenen Politik verzichten. Es wird keine Sondersprünge à la Suez mehr geben.

An deutlichsten ist die zukünftige Abhängigkeit Grossbritanniens von Amerika in allen Aspekten der Verteidigung. Präsident Eisenhower

hat Grossbritannien jetzt so fest in das amerikanische Wehrsystem eingegliedert, dass jeder Alleingang schon physisch unmöglich geworden ist. Die Vereinigten Staaten werden Grossbritannien mit Fernraketen - Thor - beliefern, die von Südengland aus Leningrad, Moskau und Odessa in ihrer Reichweite haben. Grossbritannien braucht dafür nichts zu bezahlen, sie werden gratis "geliehen". Ein Arsenal von "Thor-Raketen" wird allmählich die britischen strategischen Bombengeschwader ersetzen und die Hauptabschreckungswaffe der britischen Verteidigung darstellen. Aber die britische "Abschreckungswaffe" wird nicht mehr unter alleiniger britischer Kontrolle operieren können; die Entscheidung darüber, wenn die "Thors" eingesetzt werden, liegt in den Händen des amerikanischen Präsidenten.

Das gegebene Prüffeld für die politischen Vereinbarungen von Bermuda wird in nächster Zeit der Mittlere Osten abgeben. Eisenhower hat als Konzession an England seine Mitarbeit im Militärkomitee des Bagdadpaktes zugesagt. Wahrscheinlich dürften die USA dadurch die Sympathien, die ihre Haltung während der Suezkrise im Araberlager gewonnen haben, wegwerfen. Man macht sich stark gegenüber der Gefahr eines direkten sowjetischen Angriffs auf den Nordwall der Araberwelt - und öffnet zugleich die Schleusen für die Infiltrierung und Subversion in den restlichen Ländern, in Syrien, Ägypten usw.

Es scheint, dass Präsident Eisenhower unter dem Eindruck der halbstarren Politik Mascer's sich zu einer Mittelostpolitik hat überreden lassen, deren Fiasko die britische Regierung in Jordanien, Ägypten und Saudiarabien erleben musste. Als ob diese Politik nur deshalb gescheitert wäre, weil sie von einem ohnmächtigen Grossbritannien verfolgt wurde, und nun von der sechsten amerikanischen Flotte zum Siege verholfen werden könnte. Aber man soll ja wohl auch nicht erwarten, dass altamerikanische Generäle und in der Vergangenheit lebende Toryhelden die Lehren einer geschichtlichen Tragödie ziehen können. Das Trümerspiel unter dem Union Jack in Port Said mag sich daher als Farce unter dem Sternenbanner wiederholen.

Neuaufgabe des Kinder-Kommiß

Kj. Seit einigen Wochen sehen die Naumburger wieder Kinder in Militäruniform durch die Strassen marschieren: die zwölf- bis fünfzehnjährigen Jungen sind die Kadetten der "Nationalen Volksarmee". "Noch gibt es Gegner genug, die lieber heute als morgen die DDR 'kassieren' möchten. Die Ausbildung fähiger Offiziere, die der "Arbeiter- und Bauernmacht" treu geblieben sind, ist daher eine unerlässliche Notwendigkeit" - so kommentierte die "Neue Berliner Illustrierte" die Wiedereröffnung der alten wilhelminischen Kadettenanstalt in Naumburg, die im Dritten Reich als "Nationalpolitische Erziehungsanstalt" fungierte.

Ein ganz gutes Gewissen haben die Pantower Machthaber bei ihrer Neuaufgabe des 'Kinder-Kommiß' nicht: zu gut erinnert man sich drüben der Zeit, da die kommunistische Propaganda in bössartigen Tönen gegen den Mißbrauch jugendlicher Begeisterungsfähigkeit wettete und besonders die Kadettenanstalten als einen Hort des Militarismus bezeichnete. Die Berufung auf sowjetisches Vorbild - die Kutusow- und Suworow-Kadettenanstalten in der UdSSR sind seit dem zweiten Weltkrieg berühmte Ausbildungsstätten für die sowjetischen Offizierskader - allein genügt nicht, und so bemüht sich die Zonenpublizistik um den Nachweis, dass es in Naumburg "jetzt ganz anders zugeht als früher." Wie anders wollte man die Übernahme militärischer Erziehungspraktiken auch plausibel machen? So liest man in der Ostberliner "Deutschen Lehrerzeitung", dass die "Söhne der Besten unseres Volkes im Geiste des Fortschritts" erzogen werden. Der Schulleiter, ein General, betrage sich "wie ein Vater", belehre anstatt zu kommandieren und habe auch keine Sonderverpflegung. Mild wird ein Unterleutnant gerügt, weil er gegen einige Kadetten zu streng vorging, die nach Zapfenstreich noch mal austraten gehen mussten.

Als durchschlagender Beweis für den humanen Geist der Naumburger Kadettenanstalt wird die Verwandlung der einstigen anstaltseigenen Leichenhalle zum Geräteschuppen angeführt. Kein Kadett werde mehr zu Tode gehetzt. Dass der geistige Drill den körperlichen überwiegt, will man gern glauben: im "gesellschaftswissenschaftlichen" Ausbildungsplan steht die Erziehung zum linientreuen Kommunisten im Vordergrund. Aber die in Kompanien aufgeteilten Zöglinge, Volksarmisten en miniature mit einem goldenen "K" auf den Schulterklappen, marschieren und exerzieren

wie einst die Kadetten von Potsdam, Köslin - und eben auch Naumburg. Nur bei den Geländebungen angenommene Feind firmiert jetzt als imperialistischer Aggressor, der die "Arbeiter- und Bauernmacht" vernichten will.

* * *

Misslungene Kraftprobe der CGD

sp. Auf eine Kraftprobe mit den freien Gewerkschaften wollte es die vor einiger Zeit unter dem Patronat bestimmter höchsten kirchlicher Stellen gegründete sogenannte Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGD) bei den bisherigen Betriebsratswahlen im Bergbau ankommen lassen. Sie war nicht gut beraten, als sie sich auf dieses Abenteuer einliess, denn es offenbarte ihre geistige, politische und organisatorische Schwäche innerhalb der deutschen Arbeitnehmerschaft. Für eine Spaltungsgewerkschaft ist offensichtlich in der Bundesrepublik kein Raum, das lehrten nicht nur die Ergebnisse der seinerzeitigen Betriebsratswahlen bei der Post und Eisenbahn, wo die CGD im Wettlauf um die Besetzung der Betriebsräte hoffnungslos auf der Strecke blieb.

Noch deutlicher aber ist der organisatorische und politische Misserfolg bei den Bergarbeitern und Angestellten. Zwar liegt ein endgültiges Ergebnis der bisherigen Betriebsratswahl noch nicht vor, aber die bisher bekannt gewordenen Zahlen sprechen eine für die Spaltungsapostel grausame Sprache: von 6 000 zu wählenden Betriebsräten in den Bergbaubetrieben der Bundesrepublik konnte die CGD bisher nur 31 erreichen, von etwa 800 Schachtanlagen konnte sie nur in 24 unter vielen Ach und Krack Leute finden, die sich auf die Liste der CGD aufstellen liessen. Im Ruhrbergbau und im linksrheinischen Stein- und Braunkohlenrevier geben 366 000 Beschäftigte ihre Stimmen ab; das entspricht einer Wahlbeteiligung von rund 82 Prozent. Davon erzielten die Listen der IG-Bergbau 364 000 gleich 96,76 Prozent aller gültigen Stimmen, während sich die CGD mit 5 580 oder 1,4 Prozent begnügen musste. Werden die Spalter diese schallende Ohrfeige verschmerzen können? Die überragende Position der IG-Bergbau als der allein beauftragte Anwalt der Arbeitnehmer blieb unangetastet, was um so bemerkenswerter

28. März 1957

ist, als gerade im Ruhrgebiet die früheren christlichen Gewerkschaften vor 1933 einen starken Anhang besaßen. Sie wieder zu beleben ist ein vergebliches Bemühen, die Masse der Arbeitnehmer bleibt dem gewerkschaftlichen Einheitsgedanken treu, in dem sie die beste Gewähr für eine erfolgreiche Vertretung ihrer Interessen erblickt.

Bei dem grossen deutschen Schiffbauunternehmen, der Deutschen Werft in Hamburg, machte die CGD erst gar nicht den Versuch eigener Listenaufstellungen. Dort wagten sich die Hamburger CDU-Wahlabschlüsse auf einen Alleingang, aber mit demselben kläglichen Ergebnis. Von insgesamt 25 zu vergebenden Sitzen errangen sie nur einen Sitz, von nahezu 7 000 abgegebenen Stimmen entfielen für sie auf der Liste der Arbeiter nur 596 und auf die der Angestellten nur 101 Stimmen. Stürmische Auseinandersetzungen in einer der grossen Werkshallen der Werft gingen dieser Wahl voraus, wobei die Arbeitnehmer recht nachdrücklich ihren Unmut gegen den Missbrauch des Wortes "christlich" bekundeten. Dem Stimmenfang mit falschen Parolen blieb kein Erfolg beschieden.

Die Ergebnisse dieser Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau und in einem der grössten Betriebe Hamburgs sind charakteristisch für die Stimmung bei den Arbeitnehmern. Sie haben ein feines Gefühl dafür, wem sie vertrauen können. Für die CDU, die in beiden Fällen die Spalter ermunterte, mag dies eine bittere Enttäuschung sein, lehrt sie doch, dass die Masse der deutschen Arbeiter immun gegen Zersetzungsversuche ist, auch wenn diese unter den verschiedensten Tarnmäntelchen erfolgen.

+ + +

Der Stoß in den Rücken

sp. Mit Anerkennung und Sympathie hat die Öffentlichkeit vom Auftreten des jungen ostberliner Professors Wolfgang Harich Kenntnis genommen, der es unter dem Eindruck der Ereignisse in Polen und Ungarn unternahm, ohne Rücksicht auf die eigene Person innerhalb der SED den Kampf um den Sturz der Ulbricht-Diktatur aufzunehmen. Er stellte mit Bekennermut eine "Plattform" auf und vertrat sie.

Nun hat Harich, und das mag bestimmten Kreisen im Westen unseres Landes nicht in ihre Propagandaschablone passen, sowohl in seiner Plattform als auch in seinem Schlusswort nicht die restaurative und im Hinblick auf eine Wiedervereinigung weg- und ziellose Politik der Bundesregierung als die mögliche Alternative zum SED-Regime gesehen, sondern - trotz eigener Unterschiede in der Grundauffassung - den Weg zur Sozialdemokratie gefunden. Für ihn spielten dabei nicht irgendwelche - 8 -

opportunistischen Berechnungen eine Rolle, sondern er hatte die fundamentale Tatsache erkannt, dass im Widerstand gegen die SED aus der Nachkriegskonstellation Deutschlands heraus sozialdemokratische Ideen der entscheidende Gegenpol zum stalinistischen Machtanspruch waren und sind. Für diese Ideen sind im Kampf gegen die Zwangsvereinigung und gegen die Sowjetisierung Tausende in die Zuchthäuser und Gefängnisse der Zone gegangen.

Die Sozialdemokratie hat in Übereinstimmung mit eilen freiheitlichen Kräften neben dem Mut des jungen Professors auch seinen Willen geschätzt, die Diktatur des Apparates der SED zu brechen, um so von innen heraus reale Voraussetzungen zu einer Wiedervereinigung auf demokratischer Basis zu schaffen. Der Aufstand der Intelligenz, für den Harich geradezu ein Symbol ist, zeigte die Erschütterung eines Regimes, das der jungen Generation nichts mehr zu bieten hat.

Trotzdem hat der Fall Harich in gewissen Kreisen der Bundesrepublik Argernis erregt. Diese Kreise haben selbst nicht das Mittel gesucht, die Ulbricht'sche Verurteilung Harichs faktisch gutzuheissen... Der Westberliner "Tagesspiegel" macht sich zum Fürsprecher dieser Richtung, wenn er schreibt: "Auch der Umstand, dass Harich-- in engere Fühlung mit der SPD getreten ist, dürfte in dem nun beginnenden Wahlkampf die misstrauische Frage aufwerfen, ob der Linksdreiß unserer Opposition denn nicht doch schon etwas zu stark geworden ist."

Man höre und staune: Wenn von sozialdemokratischer Seite der Widerstandskampf gegen Ulbricht unterstützt wird, wenn sich Widerstandskämpfer aus der Zone ohne Rücksicht auf die damit verbundene Gefahr an die SPD wenden, so ist dies ein gefährlicher "Linksdreiß". Aber es kommt noch stärker: "Es ist auch mehr als fraglich, ob die SPD gut damit beraten war, dass sie Harichs Plattform veröffentlichte."

Es ist mehr als bedauerlich, wenn sich eine westberliner Zeitung vor Range des "Tagesspiegel" aus wahltaktischen Erwägungen soweit treiben lässt, dass sie praktisch der Unterdrückung der Plattform Harichs das Wort redet, die - wie stehen nicht an, das zu sagen - eine Plattform der Freiheit ist. Wenn es eines Beweises dafür bedurft hätte, die zehn Jahre Zuchthaus für ihren Verfasser belegen es.

Der Wahlkampf scheint hier auf einer Ebene ausgebrochen zu sein, die mehr als schief liegt. Wenn der Kampf gegen die SED seinen hauptsächlichsten Trägern, den Sozialdemokraten nützt, dann scheinen gewisse Kreise der gegenwärtigen Regierungskoalition sogar bereit zu sein, auf diesen Widerstand gegen Ulbricht und seinen sogenannten Staat zu pfeifen. Wo dabei die sonst so laut in Anspruch genommenen Interessen der Nation, der Wiedervereinigung und der Freiheit bleiben, mögen uns die Herren von der anderen Seite einmal erklären - falls sie es können. Für die Sozialdemokratie ist der Kampf um die Einheit Deutschlands und die Befreiung unserer Landsleute in Mitteldeutschland zu ernst und zu heilig, als dass sie ihn unter wahltaktische Aspekte stellt.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel